

Dokumentation des digitalen Fachaustauschs am 26. November 2020

Mit Demokratie punkten Bildungsansätze und Methoden der Demokratieförderung im Übergangssystem

Teilnehmende

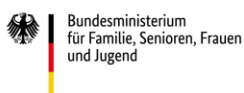
- Barbara Bernhard (QBS Werkstatt gGmbH, Projekt „Tauschsalon“)
- Andrea Wisotzki (QBS Werkstatt gGmbH, Projekt „#getinvolved“)
- Teresa Thost (Berufsbildungswerk Waiblingen, Projekt „STARK in Demokratie“)
- Caspar Forner (Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, Bereich „MitWirkung!“)
- Melanie Hudler (Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, Bereich „MitWirkung!“)
- Marina Kronemann (Zentralverband des deutschen Handwerks)
- Robert Feil (Referent, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)
- Peter Zorn (Bundeszentrale für politische Bildung)
- Ullrich Weiß (Internationalen Berufsakademie Köln)
- Daniela Kaya (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- Michael Matzke (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- Tanja Berg (Minor, Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“)
- Daniel Männlein (Minor, Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“)
- Antonia Koßler (Minor, Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“)
- Laura Ballaschk (Minor, Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“)
- Julius Linnert (Minor, Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“)

Die „**Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem**“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ widmet sich seit Anfang dieses Jahres der Aufgabe, diverse Akteur*innen im Feld mit Analysen, Vernetzung und der Entwicklung und Erprobung von Ansätzen und konkreten Möglichkeiten der Demokratieförderung im Übergangssystem zu unterstützen. Unser Ziel ist es, zwischen Akteur*innen aus Praxis und Forschung einen vielstimmigen Erfahrungsaustausch anzustoßen.

In unserem **zweiten Fachaustausch** in diesem Jahr lag der Fokus auf dem Spannungsverhältnis zwischen den gesellschaftspolitischen Herausforderungen, den strukturellen Möglichkeiten und den pädagogischen Ansätzen im Feld. Ziel war es, mit Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis in einen Austausch über **Bildungsansätze zur Demokratieförderung** zu kommen, die entweder bereits in der beruflichen Bildung bzw. dem Übergangssystem erprobt wurden oder sich zum Transfer anbieten. Dabei haben uns unter anderem folgende Fragen angeleitet:

- Welche praktischen und theoretischen Ansätze, Angebote und Methoden haben sich bewährt, um Fragen nach einer Förderung von Demokratie zu bearbeiten?
- Wie lassen sich bestehende Konzepte, Ansätze oder Modelle auf andere Träger, Bundesländer oder Maßnahmen übertragen?
- Welche Leerstellen gibt es?

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch die



Themen und Herausforderungen des Jahres 2020

Nach der Begrüßung der Teilnehmenden fand eine Kennenlernrunde statt. Dabei wurden die Themen und Herausforderungen des vergangenen Jahres 2020 gesammelt. Die Teilnehmenden nannten dabei Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, bspw. Digitalisierung, Planungsunsicherheit, Zielgruppenerreichung, die Suche nach digitalen Tools oder auch Online-Vernetzung, als größte Herausforderungen.



Demokratieförderung im Übergangssystem an den Beispielen Berlin und Baden-Württemberg

Am Beispiel der Bundesländer Berlin und Baden-Württemberg wurden im Anschluss erste Analyseergebnisse der Fachstelle zu Ansätzen und Potenzialen der Demokratieförderung in den schulischen Bildungsgängen der Übergangssysteme der Länder vorgestellt. Anhand zweier Bildungsgänge wurden Möglichkeiten der demokratischen Gestaltung und Umsetzung von Bildungsmaßnahmen aufgezeigt. Die Analyseergebnisse zu unterschiedlichen Bundesländern werden ab dem Jahr 2021 von der Fachstelle in Form von Länder-Dossiers veröffentlicht.

Impulsvorträge zur Kleingruppenarbeit

Im Anschluss stellte Robert Feil von der Landeszentrale für politische Bildung den vom ihm mitentwickelten [Leitfaden Demokratiebildung – Schule für Demokratie, Demokratie für Schule](#) vor. In einem weiteren Impuls stellte Tanja Berg von der Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem ein Praxiskonzept aus der politischen Bildungsarbeit im Kontext beruflicher Bildung vor.

Im Anschluss an die Vorstellung der Analyseergebnisse und Praxiskonzepte wurde die Gruppe aufgeteilt, um in Kleingruppen über Fragen der Implementierung von Bildungsansätzen der Demokratiebildung/politischen Bildung im Übergangssystem zu sprechen. Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit wurden anschließend im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Bericht aus Kleingruppe 1 (Robert Feil, Caspar Forner, Theresa Thost, Andrea Wisotzki, Michael Matzke, Julius Linnert, Antonia Koßler)

Die Kleingruppe setzte sich mit der Frage der *Verankerung von Demokratiebildung im Übergangssystem* auseinander und blickte auf die sich daraus ergebenden *Chancen und Herausforderungen*.

Als Voraussetzungen für die Demokratiebildung im schulischen Kontext wurde die Kontinuität des Bildungsangebotes sowie der Stellenwert von Erfahrungslernen betont. Es wurde problematisiert, dass sowohl Lehrkräften als auch Angestellten in Bildungsträgern wenig Zeit zur Verfügung stehe, um Themen der Demokratiebildung zu bearbeiten. Wie können Schulen trotz dieser Hürden für politische Bildung erreicht werden?

Teilnehmende der Kleingruppe berichteten, dass eine enge Kommunikation zur Schulleitung und zum Sekretariat von Nöten seien, um als Träger Kooperationen eingehen und verstetigen zu können. Dabei komme es vor allem darauf an, die Schulleitung für das Thema zu gewinnen, und mit dieser gemeinsam auch bei den Lehrkräften dafür zu werben. Außerdem sei es wichtig, Prüfungszeiträume und andere Termine zu berücksichtigen, um die Bildungsmaßnahmen zum richtigen Zeitpunkt anzubieten. Gleiches sei auch zu beachten, wenn Fortbildungen für Lehrkräfte geplant werden. Ist eine Kooperation aufgebaut, sprächen dann die Ergebnisse der Arbeit mit den Jugendlichen für sich. Ausschlaggebend sei dabei für die Schüler*innen, dass die Methoden neu, interaktiv und praxisnah seien. Lehrkräfte wiederum fühlten sich entlastet durch das ergänzende Angebot und die Chance, selbst neue Methoden kennenzulernen.

Es sei außerdem notwendig, das Angebot auf die Bedarfe der Schulen auszurichten. So reagiert beispielsweise ein in der Kleingruppe repräsentiertes Projekt der Demokratieförderung auf den Bedarf berufsbildender Schulen mit Angeboten, die als Praktikum anerkannt werden können. Ein anderer Teilnehmer betont die Notwendigkeit, für die verschiedenen Bildungsorte Anreize zu schaffen, um Inhalte der Demokratiebildung aufzugreifen. So sei es beispielsweise wichtig, Verbindungen zu den Lehrplänen herzustellen und flexible Angebote zu schaffen.

Diskutiert wurde außerdem, welche Zielgruppen für die Inhalte politischer Bildung erreichbar sind. Es wurde dafür plädiert, möglichst viele Zielgruppen anzusprechen, da sonst problematische Ausschlüsse entstünden. Die Förderung von Selbstreflexion und kritischer Meinungsbildung müsste Zieldimension jedes Bildungsangebotes sein und sich dabei nach der jeweiligen Zielgruppe richten. Bezüge zur Demokratiebildung könnten in jedem Fach hergestellt werden und machten dieses spannend und relevant für die Schüler*innen.

Bericht aus Kleingruppe 2 (Laura Ballaschk, Tanja Berg, Barbara Bernhard, Melanie Hudler, Marina Kronemann, Daniel Männlein, Ulrich Weiß, Peter Zorn)

Die Teilnehmenden der Kleingruppe setzten sich mit den Fragen auseinander: *Welche Form von politischer Bildung braucht das Übergangssystem? Wie wird Demokratieförderung anschlussfähig für das Übergangssystem?*

Zunächst wurde die Frage nach der Anschlussfähigkeit von Demokratieförderung für das Übergangssystem diskutiert. Während in der gymnasialen Oberstufe der Fokus auf Freiheit als Entfaltung der Schüler*innen läge, würden Haupt- und Realschule Anpassungsleistungen vonseiten der Schüler*innen verlangen. Dieser Gegensatz erscheint problematisch, da nicht die Schüler*innen, sondern die duale Berufsbildung und eine Anpassung an den Fachkräftemangel im Zentrum stehen. Diese Fokussierung mache sich bei den Schüler*innen bemerkbar.

Ein mehrdimensionaler Ansatz der politischen Bildung erscheint daher ein sinnvolles Instrument, um individuelle und strukturelle Rahmenbedingungen zu adressieren. Daran schließt die Frage an, welche Interessen in der Berufsbildung im Übergangssystem im Vordergrund stehen: ökonomische, allgemeinbildende oder emanzipatorische. Das Bildungssystem setzt in Deutschland auf einen Wettbewerb der Akademiker*innen mit anderen OECD-Staaten, was das Studium gegenüber der Ausbildung priorisiert. Jugendliche orientieren sich daran und bekommen wenig Orientierung vermittelt bzgl. Ausbildung und Arbeit. Benachteiligte Schüler*innen kommen dann auch aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen, die Benachteiligungen verstärken, nicht zum schulischen Erfolg. Das Selbstbewusstsein der Schüler*innen aufzubauen, etwa durch Einzelfallbetreuung, erscheint wichtig. Weitere Arbeiten an Umsetzungsmethoden sind nötig, um Konzepte der politischen Bildung in die Praxis des Übergangssystems transferieren zu können.

Aus der Erfahrung der sozialpädagogischen Praxis wird eine fehlende Einbeziehung der Interessen und Wünsche der Maßnahmenteilnehmenden deutlich, wenn sie durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter zugewiesen werden. Ein sozialpädagogischer Ansatz zielt nicht auf Verpflichtung, sondern auf Bindung und Kontakt, durch die die Schüler*innen motiviert werden. Die Erfahrung zeige, dass Maßnahmenteilnehmende öfter beispielsweise zum politischen Systems Deutschlands nur wenig bzw. kaum Wissen mitbrächten. Ein breiteres Verständnis von Demokratie, insbesondere bezogen auf die Lebenswelten und Realitäten, welche für die Jugendlichen relevant sind, wäre daher auch für begleitende Erwachsene essenziell. Zudem stellt sich die Frage nach der Art und Weise der Vermittlung von Zugängen, Wissen und Erfahrungen. Die praktische Anwendung von Methoden der Antidiskriminierungspädagogik kann z. B. Teilnehmende, die selbst von Rassismus und Klassismus betroffen sind, ansprechen und persönliche Anknüpfungspunkte und Frustrationserfahrungen aufgreifen. In der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, dass hierbei hinsichtlich der Heterogenität der Teilnehmenden teils die Herausforderung bestünde, unterschiedliche Sprachniveaus zu beachten und methodisch sinnvoll einzubeziehen.

Im Hinblick auf die Heterogenität der Teilnehmenden und Lebensrealitäten in der beruflichen Bildung muss der Transfer in die Praxis die Lehrkräfte schulen und auch die Eltern in den Konzepten berücksichtigen. Denn diese Akteur*innen wirken auf Schüler*innen ein, etwa eine Ausbildung machen zu müssen. Jugendlichen hier Möglichkeiten aufzuzeigen, muss in den Konzepten und im Transfer verankert sein. Demokratiebildungskonzepte seien hierbei eine Querschnittsaufgabe, bei der Gerechtigkeit, Bildung, Chancengleichheit und Zugänglichkeit zur Gesellschaft in die berufliche Bildung des Übergangssystem implementiert werden könnten.

Wir danken allen Teilnehmenden für die anregenden Diskussionen und das große Interesse an unserer Arbeit und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.